

Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft		
Daniel Peters (für die CDU/UFR-Fraktion) Teilnahme an der Initiative "Kinderfreundliche Kommune"		
Geplante Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
05.01.2021	Jugendhilfeausschuss	Empfehlung
20.01.2021	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt ergänzt:

Im Rahmen der Antragstellung zur Teilnahme an der Initiative Kinderfreundliche Kommune sollen nachfolgende Projektvorschläge geprüft werden:

1. Qualitative Verbesserung aller Spielplätze / Schaffung neuer Spielplätze
2. Einführung einer Kindersprechstunde beim Oberbürgermeister
3. Schaffung eines Kinder- und Jugendparlaments
4. Benennung eines Kinderbeauftragten / einer Kinderbeauftragten
5. Auszeichnung für das kinderfreundlichste Unternehmen
6. Wohnraum für Familien
7. Durchführung einer Auftaktveranstaltung

Sachverhalt:

Die Bewerbung und Umsetzung der Initiative soll als eine übergreifende, kompakte und ganzheitliche Herangehensweise verstanden werden. Bei der Bewerbung zur Teilnahme an der Initiative ist es wichtig, nicht nur eine Bestandsaufnahme der bereits kinderfreundlichen Maßnahmen in Rostock aufzuführen, sondern bereits einige konkrete Projektvorschläge mit aufzunehmen, wie zum Beispiel:

1.) Qualitative Verbesserung aller Spielplätze / Schaffung neuer Spielplätze:

Die bisherige Spielplatzkonzeption soll dahingehend verbessert werden, dass bis 2025 alle Spielplätze modernisiert sind und möglichst den neuesten Standards entsprechen. In allen Stadtteilen sollen die Spielplätze entsprechend der aktuellen Alters- und Interessenstruktur aktualisiert werden. Die Anlagen sollen sauber, ordentlich, gepflegt und sicher sein.

2.) Einführung einer Kindersprechstunde beim Oberbürgermeister:

Der Oberbürgermeister soll regelmäßige Sprechstunden für Kinder und Jugendliche anbieten. Insbesondere Meinungen und Vorschläge zu großen städtischen Vorhaben und Großprojekten (z. B. BUGA, Kombinierte Eis- und Schwimmhalle) sind wichtig, aber auch ihre Sorgen, Nöte und Wünsche dürfen nicht außer Acht gelassen werden.

3.) Schaffung eines Kinder- und Jugendparlaments:

Kinder werden des Öfteren bereits in die Arbeit einiger Ortsbeiräte mit eingebunden. Jedoch muss stadtweit ein eigenes Gremium für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, ein sogenanntes Kinder- und Jugendparlament.

Auch die Möglichkeit einer Kinder- und Jugendfragestunde in der Rostocker Bürgerschaft sollte man in Angriff nehmen.

4.) Benennung eines Kinderbeauftragten / einer Kinderbeauftragten

Es wäre wichtig, den Kindern und Jugendlichen einen festen Ansprechpartner für Ihre Belange zur Seite zu stellen, der sich für deren Interessen stark macht und ihnen Möglichkeiten und Wege aufzeigt, wo und wie sie sich beteiligen können. Die Stelle sollte nicht zusätzlich geschaffen werden, sondern im Rahmen einer ehren-amtlichen Tätigkeit erfolgen oder durch eine(n) Mitarbeiter(in) der Stadtverwaltung ausgeübt werden.

5.) Auszeichnung/Ehrung für kinderfreundliche Unternehmen

Arbeitgeber und Firmen, die sich aktiv für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf engagieren, u.a. ihren Mitarbeitern flexiblere Arbeitszeiten ermöglichen und bei der Kinderbetreuung unterstützen, sollen mit einer Ehrung/Prämierung für das kinderfreundlichste Unternehmen ausgezeichnet werden. Das könnte für die Firmen auch im Kampf um neue Arbeitnehmer ein Bonus sein. Eine Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsverbänden ist hier ratsam (IHK, Unternehmerverband)

6.) Wohnraum für Familien

Zu einer kinderfreundlichen Stadt gehört auch bezahlbarer Wohnraum für Familien. Wohnungen mit vier oder fünf Zimmern dürfen keine Mangelware sein. Wir müssen beim Wohnungsbau stärker die Bedürfnisse von Kindern und Familien berücksichtigen. In der Weiterentwicklung des ‚Bündnis für Wohnen‘ ist dieser Aspekt verbindlich festzuschreiben und in zukünftigen Bebauungsplänen möglichst zu integrieren.

7.) Durchführung einer Auftaktveranstaltung

Die Stadtverwaltung sollte in Kooperation mit der Bürgerschaft zu einer Auftaktveranstaltung einladen, um mit entsprechenden Projektpartnern und Interessierten weitere Vorschläge zu erörtern und das weitere Verfahren abzustimmen.

gez.

Daniel Peters

Anlagen

Keine